

Pressemitteilung

„Niedersachsen darf Zukunftsinvestition nicht verschlafen“

Marburger Bund Niedersachsen: Universitätsmedizin in Oldenburg braucht finanzielle Sicherheit

Der Marburger Bund Niedersachsen fordert die niedersächsische Landesregierung auf, den weiteren Ausbau der Universitätsmedizin Oldenburg auch im kommenden Landeshaushalt sicherzustellen. *„Es ist mehr als ernüchternd, dass keine Mittel für den Ausbau der Oldenburger Universitätsmedizin im Entwurf für den kommenden Landeshaushalt enthalten sind“*, kritisiert Hans Martin Wollenberg, Erster Vorsitzender des Marburger Bundes Niedersachsen. Das niedersächsische Finanzministerium hatte zuvor bestätigt, dass im Haushaltsentwurf für 2021 keine zusätzlichen Gelder für die Universitätsmedizin in Oldenburg vorgesehen seien.

„Niedersachsen braucht eiligst mehr Medizinstudienplätze, um die medizinische Versorgung langfristig sichern zu können und dem bereits existierenden Mangel an Ärztinnen und Ärzten entgegenzuwirken. Dazu gehört auch, dass das dringend benötigte Forschungs- und Lehrgebäude in Oldenburg gebaut und finanziert wird. Die Universitätsmedizin in Oldenburg ist ein Grundpfeiler für die ärztliche Versorgung im Nordwesten.“ Laut einer Zielvereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und der Universität Oldenburg soll die Zahl der Medizinstudienplätze der European Medical School (EMS) in den kommenden Jahren auf 200 Plätze gesteigert werden – ohne die entsprechenden Mittel wird dies nicht gelingen.

„Wir haben Verständnis dafür, dass die Corona-Pandemie eine besondere Herausforderung für den Landeshaushalt darstellt. Gleichzeitig darf dies nicht bedeuten, dass dringend notwendige Zukunftsinvestitionen unterbleiben“, betont Andreas Hammerschmidt, Zweiter Vorsitzender des Marburger Bundes Niedersachsen. *„Die Universitätsmedizin Oldenburg braucht Klarheit, wie es weitergeht. Eine vernünftige Finanzierung und gute Lehrbedingungen sind unabdingbar.“* Hammerschmidt fordert die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages auf, entsprechende Mittel im Rahmen der parlamentarischen Beratungen im Haushaltsentwurf zu verankern, und warnt: *„Niedersachsen darf diese Zukunftsinvestition nicht verschlafen. Wer hier spart, spart an der falschen Stelle.“*

Hannover, 08. Juli 2020

Pressekontakt: Anna Dierking, Pressereferentin Marburger Bund Niedersachsen,
Mobil: 0172 608 13 43, dierking@mb-niedersachsen.de